

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ERNST DAVIS

Heinrich Bodensieck
Nationalsozialismus in revisionistischer Sicht
(auf Seite 175)

Von den alten Werten zur Philosophie der Despotie

Der Volksschullehrer, mit dem ich während der langen Bahnfahrt ins Gespräch komme, äußert im Laufe der Unterhaltung seine Ansicht über die Weltlage und die Position der beiden Machtblöcke im Kalten Kriege.

„Das Bedrückende ist“, so meint er, „daß wir dem Osten nichts entgegensetzen können. Wir haben zwar unser Wirtschaftswunder, aber der Osten hat seine Idee. Das ist der wichtige Unterschied, auf die Dauer der entscheidende. Denn aus unseren ‚Wiwakis‘, unseren Wirtschaftswunderkindern, mit ihrem bloßen Streben nach persönlichem Wohlstand und immer bequemem Leben, läßt sich keine Phalanx gegen das Vorwärtsdrängen kalter Fanatiker bilden. Dazu braucht man Menschen, die selbst eine Idee haben.“

Der junge Mann sagt auf seine Weise, was man in geistig interessierten Kreisen, manchmal besorgt, manchmal bitter oder bissig vorgebracht, oft genug zu hören bekommt. Es ist das Ergebnis eines bekannten psychologischen Vorgangs: Das Ungewöhnliche, das sich in unserem

Lebenslauf ereignet, wird zum Beherrscher unseres Bewußtseins und verdrängt das selbstverständlich Gewordene in einen vergessenen Winkel.

So ein Ungewöhnliches war die überraschende Verwandlung Westdeutschlands aus einem Elendssumpf in ein blühendes Wirtschaftsgebiet. Die Veränderung war so unerwartet, so spektakulär und so umwälzend für das Schicksal der Menschen, die auf diesem Stück Erde wohnen, daß sie als einzigartiges Ereignis alle Aufmerksamkeit auf sich zog. Unser Bewußtsein wird bis heute derart davon beschäftigt, daß es die althergebrachten Züge im Charakterbilde des Westens mit seinen überkommenen ethischen Begriffen nicht mehr wahrnimmt. Daher erscheint in vielen Köpfen als Wesen der freien Welt die Meisterung einer Technik zur Umwandlung von Mangel in Fülle, verbunden mit dem erfolgreichen Streben nach Wohlstand und stetem Suchen nach Mitteln zu immer vollkommenerer Befriedigung der materiellen Bedürfnisse, die dauernd wachsen. Kurz und nur wenig übertreiben: Westen = Wirtschaftswunder.

in der Sphäre der Wirtschaft abspielen. Sie sieht im Westen keine Idee. Sie half, den Kern der Dinge verschleiern und Hitler zur Macht zu bringen.

Was in dem Verzweigungskampf der Weimarer Republik mit ihren Gegnern in Wirklichkeit auf dem Spiele stand, hatte in jenen Tagen Ferdinand Tönnies, der Altmeister der Soziologie, in einem Leitartikel der „Vossischen Zeitung“ mit den Worten ausgedrückt: „Der Nationalsozialismus will unsere alten Werttafeln zerbrechen und neue an ihre Stelle setzen.“

Liest man „Kommunismus“ statt „Nationalsozialismus“, dann beschreibt dieser Satz genau, worum es heute zwischen West und Ost geht. Jetzt wie damals sind „die alten Werttafeln“ das Objekt des Kampfes. Was auf ihnen steht, wurde aber vor so langer Zeit in sie eingegraben und ist der Menschheit im Laufe der Jahrtausende so selbstverständlich geworden, daß sein Vorhandensein und seine Bedeutung kaum noch von unserem Bewußtsein registriert werden, besonders wenn es von ungewöhnlichen Ereignissen in Anspruch genommen ist: Es sind die elementaren Grundsätze unserer überkommenen Ethik, die den großen Weltreligionen und den klassischen Philosophien des Morgen- und des Abendlandes gemeinsam sind: „Du sollst nicht morden“, „Du sollst nicht lügen“, „Du sollst nicht stehlen“, „Du sollst deinen Nächsten lieben, wie Dich selbst“ und die Weisungen, die ihnen verwandt sind, die absolute Gültigkeit dieser Satzungen für alle, zu allen Zeiten und in allen Lebensordnungen und als Ausgangspunkt die Erkenntnis, daß jeder Mensch ein selbständiger Organismus, eine eigene Persönlichkeit ist, die zu ihrer Würde und ihrem Glück die Freiheit braucht und nach ihr streben soll.

Diese Grundsätze wurden zwar immer durchbrochen, jedoch nie geleugnet, um den Satz zu variieren, den H. G. Wells in seiner Weltgeschichte vom Verhältnis der Christenheit zur Lehre Jesu sagt: „Wir können (sie) weder außer acht lassen, noch können wir uns dazu bringen

Im Westen keine tragende Idee?

Die Situation erinnert an die letzten drei Jahre vor der Machtergreifung des Nationalsozialismus. Auch damals wurden die Gemüter ganz von einem wirtschaftlichen Phänomen beherrscht, der Krise, die 1930 mit ungeahnter Gewalt über die Welt diesseits des eisernen Vorhangs hereinbrach und sie vom Gipfel ihrer „prosperity“ jäh in ein Jammertal der Armut und des Hungers hinabstieß. Es war der polare Gegensatz zu dem, was jetzt nach dem Zusammenbruch von 1945 geschah, aber es war ebenso einmalig und von fast allen ebensowenig erwartet. Während die Fachleute darüber diskutierten, ob man in Amerika nicht das Mittel entdeckt hatte, eine gute Konjunktur für immer ohne Rückschläge aufrechtzuerhalten, wur-

den plötzlich große Unternehmen zahlungsunfähig, brachen Mittelstandsexistenzen eine nach der anderen zusammen und verloren tagtäglich tausende von Menschen ihren Arbeitsplatz, bis schließlich ein Drittel aller Arbeiter im ganzen Reichsgebiet brotlos war.

Damals entstand in Deutschland, wo, vielleicht mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, die Heimsuchung am schwersten, die freiheitliche Staatsform dagegen eine von vielen weder geliebte noch verstandene Neuerung war, die umgekehrte Vorstellung: Demokratie gleich Not und Elend. Diese Formel klingt zwar wie das Gegenteil der Gleichung, die heute verbreitet ist, aber sie sieht das Wesen der westlichen Lebensordnung ebenfalls in Vorgängen, die sich

(ihr) zu gehorchen.“ Es gab Zeiten, sogar oft, in denen ihre Verletzung die Regel war, und es mag sein, daß es auch in der Gegenwart so ist. Aber angezweifelt wurden sie nie. Sie sind in ihrer Gesamtheit bis heute der Wertmaßstab, nach dem wir beurteilen, was gut und was böse

ist. Wenn sie übertreten werden, wissen wir, daß das unrecht ist, und der Übertreter weiß es selbst. Wenn sie befolgt werden, wissen wir, daß recht gehandelt wird. Sie sind ein ewiger Kompaß für alle Menschen, nach dem sie sich richten sollen, auch wenn sie es nicht tun.

„Alles ist erlaubt!“

Der Kommunismus erkennt diese Werttafeln nicht an. Aus seiner spezifischen Interpretation des historischen Materialismus heraus bestreitet er das Bestehen einer absoluten, die Menschheit als Ganzes zu allen Zeiten und unter allen Umständen verpflichtenden Ethik. Karl Marx schrieb in der Einleitung zu seiner „Kritik der politischen Ökonomie“ den bekannten Satz: „Es ist nicht das Bewußtsein des Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“ Daraus folgert die kommunistische Theorie, das es für jede der beiden Klassen, in die sie die Menschheit teilt, andere ethische Regeln gibt, die ihre besonderen Interessen widerspiegeln.

„Die Bourgeoisie hat eine andere Moral als das Proletariat“, heißt es in einem Artikel, der vor zehn Jahren in einer Zeitschrift der Sowjetzone erschien (Hermann Matern, „Was verstehen wir unter Parteimoral?“, „Neuer Weg“ 1/1951). An diese bürgerliche Moral hält sich der Kommunist nicht gebunden. Für ihn gilt nur die proletarische. Worin besteht diese nun?

Sie hat, bewußt oder unbewußt, die Entdeckung zur Grundlage, die Dostojewski den philosophischen Nihilisten Iwan Karamasoff seinem jüngsten Bruder Aljoscha anvertrauen ließ: „Alles ist erlaubt!“ Versieht man diesen lapidaren Satz mit einer Einschränkung und einer Erweiterung, dann bekommt man eine kurze, aber erschöpfende Formel für das Wesen dieser Moral:

„Alles ist erlaubt, das dem Klassenkampf zur Errichtung der kommunistischen Gesellschaft und der Diktatur des Proletariats dient, und alles das ist zugleich geboten.“

Lenin legte es so dar: „Wir sagen, daß unsere Sittlichkeit völlig den Interessen des proletarischen Klassenkampfes untergeordnet ist. Unsere Sittlichkeit entspringt den Interessen des proletarischen Klassenkampfes.“ Ihren Inhalt definiert er folgendermaßen: „Sittlichkeit ist, was der Zerstörung der alten Ausbeutergesellschaft dient und dem Zusammenschluß aller Werktätigen um das Proletariat, das die kommunistische Gesellschaft errichtet.“ (Lenin, Ausgewählte Werke, Berlin 1953, Band II, S. 788 und 790.)

Damit wollte Lenin die Nützlichkeit einer Handlung für den Klassenkampf und den Sieg des Kommunismus nicht etwa als zusätzlichen Maßstab, neben den überkommenen ethischen Begriffen, sondern als alleiniges Kriterium ihrer Sittlichkeit hinstellen. Denn daß er kein Gebot anerkennt, außer dem einen: „Du sollst dem Kommunismus dienen“, zeigte schon seine einst viel zitierte Anweisung zur Eroberung der Gewerkschaften:

„Man ... muß ... sogar — wenn es sein muß — zu allen möglichen Kniffen, Listen, ille-

galen Methoden, zur Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit bereit sein, um nur in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen kommunistische Arbeit zu leisten.“ (Ausgewählte Werke, Bd. II, S. 701).

Das ist die logische Anwendung des leninischen Sittlichkeitsbegriffs auf einen konkreten Einzelfall. Die Herrschaft über die Gewerkschaften bringt dem Kommunismus Nutzen. Also ist alles sittlich, was ihrer Eroberung dient: Lüge,

Führungsanspruch des Proletariats

Es heißt hier zwar „Diktatur des Proletariats“, nicht „des Kommunismus“, aber im Leben sind beide Begriffe identisch. Denn der Kommunismus wirkt durch seine Partei, und diese ist „die führende Kraft im System der Diktatur des Proletariats, lenkt die Tätigkeit des sowjetischen Staats“, der die Form dieser Diktatur ist, „und leitet die Arbeit aller seiner Organe.“ (Sowjestschoje Gosudarstwo i Prawo, Nr. 8, 1957, übersetzt in „Ostprobleme“ vom 8. 11. 1957 unter dem Titel „Vor, über und neben dem Staat“.) Das Recht auf diese Machtstellung wird von der Theorie hergenommen, daß in ihr, der Partei, das Bewußtsein des Proletariats lebendig geworden und gereift ist. Daher drückt sich in ihrer Herrschaft und in ihrer Moral die des Proletariats aus.

Die Begründung dieser Moral stützt sich auf die Auffassung des Kommunismus vom Menschen und von der menschlichen Gesellschaft, über die er die letzten Wahrheiten zu wissen glaubt. Der anarchistische Antimarxist Gustav Landauer, der nach der Revolution vom 9. November 1918 beim Sturze der bayerischen Räteregierung ums Leben kam, spottete einst in seinem „Aufruf zum Sozialismus“: „Alte Weiber prophezeien aus dem Kaffeesatz, Karl Marx prophezeite aus dem Dampf.“ Er wollte damit — zu Recht oder zu Unrecht — sagen, daß Marx bei seiner Voraussage der gesellschaftlichen Entwicklung von einem Wirtschaftssystem ausging, das auf der Dampfkraft beruhte, während diese schon im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts mehr und mehr von der Elektrizität verdrängt wurde. Die Kommunisten sind aber davon überzeugt, den historischen Materialismus, den sie von Marx übernahmen, so gemeistert zu haben, daß sie mit diesem Erkenntnismittel, zum erstenmal in der Weltgeschichte, die Grundgesetze der menschlichen Entwicklung entdeckten und daraus ihren Lauf errechnen können.

„Wir arbeiteten im anonymen Urgestein der Geschichte, während die anderen ihre Oberfläche pflügen.“ läßt der Exkommunist Arthur

Betrug und was sonst zum Ziele führt. Es gibt neben den Interessen des Klassenkampfes kein „Du sollst“ oder „Du sollst nicht“, das das Verhalten des Menschen, der auf diese Ethik verpflichtet ist, bestimmt oder mitbestimmt. Der Kommunismus ist in diesem Moralsystem der einzige, absolute Wert, neben dem es keine anderen Werte gibt. „Die revolutionäre Diktatur des Proletariats ist eine Macht, die durch die Gewalt des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie erobert wurde und behauptet wird, eine Macht, die an keinerlei Gesetze gebunden ist“, schrieb Lenin in seiner Polemik gegen den sozialistischen Theoretiker Kautsky. (Lenin, die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky — Unterstreichungen vom Verfasser dieses Artikels). Wenn eine solche Macht sittlich sein soll, dann muß sie den einzigen, absoluten ethischen Wert darstellen. Wie könnte sie sonst an keine Gesetze gebunden sein?

Koestler den Helden seines Romans Sonnenfinsternis, den Altkommunisten Rubaschow sprechen. „Was wußten sie von der Geschichte? Oberflächengekräusel, kleine Wirbel, Wellenschläge. Sie wunderten sich über den Wechsel der Formen und wußten sie nicht zu deuten. Wir aber waren in die Tiefen hinabgestiegen, in die formlose anonyme Masse, die zu allen Zeiten die Substanz der Geschichte darstellt, und wir hatten als erste ihre Bewegungen erforscht. Das Gesetz ihrer Trägheit, ihrer langsamen Molekularumschichtungen, ihrer plötzlichen Eruptionen. Das war die große Erkenntnis, die unsere Doktrin enthielt. Die Jakobiner waren Moralisten, wir waren Empiriker. Wir wühlten uns in den Urschlamm der Geschichte hinein, und dort fanden wir das Gesetz ihrer Struktur.“

Das Ergebnis dieser Forschung in den Tiefen der Geschichte ist dies: Die Gesellschaft ist im Bereiche der Menschheit der einzige in sich geschlossene Organismus, der ein selbständiges Eigendasein führt. Der Mensch ist nichts als ein Bestandteil dieses Ganzen, wie ein Zweig ein Teil des Baumes ist. Er ist kein Wesen, das eine Eigenexistenz für sich allein hat. Daher hat er auch kein angeborenes Recht auf Freiheit und auf Handeln nach eigenem Gewissen, aus eigener Erkenntnis. Es ist die Gesellschaft, die ihm Freiheit zuteilt und wieder nimmt, ihm erlaubt, nach seinem Ermessen zu handeln, und es ihm wieder verbietet, je nachdem ihr gerade das eine oder das andere nützt. Denn da sie innerhalb des Menschenreiches der einzige Organismus ist, der ein selbständiges Eigendasein hat, ist ihr Nutzen der einzige Wertmaßstab.

Der Nutzen der Gesellschaft deckt sich aber mit dem des Kommunismus. Denn er allein ist zu ihrer Führung berufen, weil nur er die Gesetze beherrscht und anwendet, nach denen sie besteht und sich entwickelt. Sein Wissen darum ist in der Partei konzentriert. Infolge dieser Erkenntnisse faßt sie in jeder Situation mit unfehlbarer Sicherheit die historisch richtigen Beschlüsse:

„Die Partei kann sich nicht irren“, sagte Rubaschow zu dem jungen deutschen Kommunisten Richard, der sich geweigert hatte, zu Beginn des Dritten Reiches unsinnige Propaganda-Aufrufe zu verbreiten . . . „Die Partei ist die Verkörperung der revolutionären Idee in der Geschichte. . . Die Geschichte irrt sich nicht.“

Die Partei wiederum denkt und handelt durch ihr führendes Gremium oder denjenigen, der als „Nr. 1“ daraus hervorgegangen ist. Dieses, oder er, ist daher letzten Endes die Instanz, die aus unbezweifelbar richtiger Analyse jeder gegebenen Gegenwart die unbezweifelbar richtigen Folgerungen zieht.

Gegründet auf dem Glauben an die Unfehlbarkeit einer wissenschaftlichen Theorie, ist so

ein Gedankengebäude entstanden, das in dem Glauben an die Unfehlbarkeit einer weltlichen Spitze der Gesellschaft gipfelt. Es weckt die Erinnerung an Heines spottendes – und auch warnendes – Wort von dem „hohen Klerus des Atheismus“. Es enthält wohl zum ersten Male eine philosophische Begründung der Despotie, nicht etwa nur eines Absolutismus. Denn der absolute Herrscher kann zwar Gesetze geben, wie es ihm beliebt. Hat er sie aber einmal erlassen, dann muß auch er sie befolgen, solange sie gelten. Der Despot dagegen ist an kein Gesetz gebunden, und eben diese Freiheit von jeder Bindung gilt nach Lenin für die Diktatur des Proletariats. Daher ist die kommunistische

Lehre sozusagen zum ideologischen Unterbau der Despotie geworden und schafft einem Despoten willige Untertanen, vorausgesetzt, daß er ein Mitglied der Partei ist und glaubhaft macht, daß seine Handlungen aus einer Analyse der gegebenen Situation nach der Anschauung des historischen Materialismus abgeleitet sind.

So ist sie, die eine Revolution gebären wollte, zur Mutter der Reaktion geworden.

Anmerkung: Ernst Davis, geb. 1. 6. 1953 in Schwetz/Weichsel, 1929 Nachfolger Arthur Koesters als Nahostkorrespondent des Ullsteinnachrichtendienstes. Nach 1933 Korrespondent der New Yorker Herald Tribune und Anwalt in Jerusalem. Jetzt als freier Schriftsteller tätig.

HEINRICH BODENSIECK

Nationalsozialismus in revisionistischer Sicht

I. „Nationale Opposition“ und zeitgeschichtliche Forschung

Mitunter sind in Deutschland Dokumentationen, Untersuchungen und zusammenfassende Darstellungen der Zeit nationalsozialistischer Herrschaft noch heftigen Polemiken ausgesetzt. Manche Kritiker werfen dieser Literatur summarisch Einseitigkeit und Legendenbildung vor¹⁾. Andere wieder diffamieren ihre Autoren als „Geißelbrüder“ und verlangen, die Vergangenheit ruhen zu lassen²⁾. Eine bestimmte Richtung nun, die als „revisionistisch“ bezeichnet werden kann, will die Ergebnisse der bisherigen Forschung korrigieren und eine neue Diskussion über die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges führen³⁾. Insbesondere bekämpfen revisionistische Publizisten die Auffassung von

der Alleinschuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges⁴⁾.

Eine dieser Veröffentlichungen verdient es, besonders beachtet zu werden. Denn ihr Verfasser bemüht sich ausdrücklich, die Politik des nationalsozialistischen Reiches gerade in der Auseinandersetzung mit einer „offiziellen“ Darstellung neu zu bewerten. Es handelt sich um eine Schrift von Helmut Sündermann. Sündermann war von 1942–1945 als stellvertretender Pressechef der Reichsregierung tätig. Unter dem Titel „Das Dritte Reich – Eine Richtigstellung in Umrissen“⁵⁾ setzte er sich 1959 mit den Ausführungen Hans Buchheims über „Das Dritte Reich – Grundlagen und politische Entwicklung“⁶⁾ auseinander.

Hier, in der Besprechung dieser Schrift, geht es nun nicht darum, im einzelnen herauszustellen, ob und inwiefern etwa Sündermanns Kritik gerade die Darstellung Buchheims betrifft, sondern Sündermanns Schrift soll als Beispiel für eine revisionistische Betrachtungsweise der nationalsozialistischen Ära untersucht werden. Deshalb werden im folgenden erörtert: Maßstab des Urteils, Methode und Thesen der Beweisführung sowie die Ergebnisse der Sündermannschen „Richtigstellung in Umrissen“. Verschiedentlich wird es sich zeigen, daß der „Richtigstellung“ gewichtige Tatsachen entgegengehalten sind, die Sündermann unberücksichtigt läßt, und daß insofern eine einseitige Darstellung entstanden ist.

II. Absicht und Maßstab Sündermanns

Sündermann weist einleitend auf seine Lage als „Revisionist“ in der Bundesrepublik hin. Er stellt fest, daß es ihm wegen der angeblich mangelnden „inneren Diskussionsfreiheit“ nicht möglich sei, alle verfügbaren Argumente zu äußern. Deshalb meint er, die Darstellung seines Gegners nur in Einzelfragen richtigstellen

zu dürfen. Man kann vermuten, daß er grundsätzliche weltanschauliche Gesichtspunkte verschweigt. Verglichen mit der einleitend zitierten radikalen Kritik an der „offiziellen“ Literatur anerkennt und verwertet Sündermann jedoch jene Aktenstücke, die in den Nürnberger Prozessen veröffentlicht wurden. Er wehrt sich aber da-

gegen, daß sie verfälschend ausgewertet werden. Inwieweit sich dieser Vorwurf gegen Buchheim auswirken kann, bleibe hier unberücksichtigt⁷⁾. Ferner bemüht sich Sündermann, auf andere Tatsachen und Zusammenhänge hinzuweisen, als sie sich in der Darstellung Buchheims finden. Darüber hinaus bewertet er die Argumente sei-

1) „Gegen die Heiligen- und die Satanslegenden“, ungezeichneter Aufsatz im „Reichsruf“, 20. August 1960, S. 3 über das Sachverständigengutachten des Grafen Kielmannsegg im Brettheimer Prozeß.

2) Erich Kern, „Das Wagnis wird Euch nicht abgenommen!“ (Bemerkungen anlässlich des Fernsehinterviews mit Karl Jaspers zur Frage der Wiedervereinigung), „Reichsruf“, 27. August 1960, S. 6.

3) Klappentext des Verlags Priester zu René d'Argile u. a., „Das Geheimnis um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges. Eine Sammlung von Studien“, deutsche Übersetzung aus dem Französischen, Wiesbaden 1958. – Ähnlich etwa Melcher, „Weltbrandstifter“, in der Beilage „Suchlicht“ der

„Nation Europa“ 1956, Heft 9. Neuerdings ebenso Heinrich Härtle, „Kriegsschuldfrage und Friedensvertrag“, Heft 4 der Reichsruf-Schriftenreihe der DRP, Hannover (Ende September) 1959, S. 31.

4) So Erich Kern, „Das große Kesseltreiben“, Lizenz-Ausgabe als Heft 6 der Reichsruf-Schriftenreihe der DRP, S. 16 und 18. Ebenso Helmut Sündermann in der in Anmerkung 5 genannten Schrift.

5) Druffel-Verlag, Leoni am Starnberger See, 95 Seiten. Bei Zitaten folgt Seitenangabe in Klammern.

6) Kösel-Verlag, München 1958. Dann Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ zum „Parlament“ vom 21. Oktober 1959.

7) Leider entspricht dem kritischen Element Sündermanns nicht die Art, wie er selber manche seiner Angaben beweisen will. Sie können nämlich wegen mangelnder Verweise auf Quellen und Namen nicht überprüft werden:

a) S. 30, Anm.: „Von unterrichteter Seite höre ich . . .“

b) S. 76, Anlage I: Brief „einer einflußreichen jüdischen Persönlichkeit Ende März 1933 an Lord Reading“.

c) S. 87: „Von Offizieren, die Himmler damals begleitet haben, ist inzwischen bekannt geworden . . .“

nes Gegners klar nach den Maßstäben einer volklich-„realistischen“ Anschauung vom Sinn und Verlauf der Weltgeschichte. Folgendes Zitat kennzeichnet seine Grundhaltung: „Wo immer sich die Völker im Raume stoßen, vollzieht sich ein Ringen um Lebensinteressen . . . Es ist eine bittere Wahrheit, daß der Lorbeer nicht nach Maßstab des sittlichen Anspruchs, sondern nach dem der militärischen Stärke zugeteilt wird“

(S. 74). Sündermann bekämpft mit dieser Auffassung zweierlei. Einmal wehrt er sich gegen Fragen nach Schuld und Verantwortlichkeit. Die Methoden, deren sich die Handelnden bedienen, bleiben gerechtfertigt, solange sie zweckmäßig zum Überleben eines Volkes oder zu seiner Stärkung führen. Was erwiesene Greuelthaten betrifft, so führt Sündermann an, daß es „nicht einmal“ hier sichere Antworten gebe (S. 74), um

die Frage der Verantwortung letztlich zu klären. Zum anderen will er das Wichtigste, nämlich die volkliche Einheit, wahren und neu kräftigen. Nur so erscheint ihm das ferne „Ziel eines Wiederaufstiegs (scil. Deutschlands) zu politischer Entschlußfreiheit“ erreichbar (S. 6). Übrigens gelten ihm jene Meinungen als „aufgeregte Propagandabemühungen“, wonach die Nationalstaaten überwunden seien (S. 11).

III. Hitlers Ziele und Innenpolitik, der „eigentliche“ Nationalsozialismus und „die“ Deutschen

Im Hauptteil seiner Kritik setzt sich Sündermann mit verschiedenen Themen der Buchheimischen Darstellung auseinander. Im einzelnen ergibt sich dabei folgende Gliederung:

Die Vorgeschichte	
der „Machtergreifung“	S. 14–19
Die Ziele Hitlers	19–22
Die „Machtergreifung“	
in den Jahren 1933/34	22–35
Die internationalen	
Beziehungen 1933/39	35–62
Politische Fragen im Krieg	62–73
Ansätze zu einem revisionistischen Urteil	73–75

Entsprechend seiner Überschrift für den Hauptteil stellt Sündermann bei jedem Komplex „Legende und Wirklichkeit“ einander gegenüber. Seine Thesen über die „Wirklichkeit“ der ersten Themenkreise seien hier zunächst wiedergegeben. Nach Sündermann konnte Hitler die Macht übernehmen, da „Versailles“, erfolglose Erfüllungspolitik und schließlich die Wirkungen der Wirtschaftskrise den Zustand Deutschlands bestimmten. Deshalb wählten „die Deutschen“ einen „Mann der Tat“, „von dem man erwartete, was er versprach: ‚Freiheit und Brot‘“ (S. 19). Daß Hitler zugleich als „Feind der Republik“, d. h. in einem „Streit um die Staatsform“ gewählt worden sei, bestreitet Sündermann energisch (S. 16, 19). Zudem ermöglichen erst demokratische, urteilsfähige und persönlich integre Politiker bei ihrer Abstimmung für das Ermächtigungsgesetz Hitler „eine schließlich absolute Alleinherrschaft“ (S. 22 f) — obwohl gerade sie Hitlers Absichten genau kannten (S. 23, ähnlich S. 20). Sündermann gliedert diese Absichten in Nah- und Fernziele auf. Mit Wertung gibt er sie wie folgt wieder:

1. Das Nahziel der staatlichen Sanierung (das allein ist in jenen Jahren den breiten Volksmassen bewußt und wichtig gewesen);
2. das Zwischenziel der Vervollständigung des ‚kleindeutschen‘ Reiches im Sinne eines alle Deutschen umfassenden Nationalstaates (verständlicherweise haben die Deutschen gutgeheißen, was als legales politisches Ziel bereits für Kolonialvölker anerkannt ist);
3. das Fernziel ‚Rasse und Raum‘ (hierzu läßt sich sagen: daran hat das deutsche Volk weder 1933 noch später ernstlich gedacht, Hitler dagegen hat es stets im Auge gehabt“) (S. 20).

Bereits diese wenigen Thesen über den Zusammenhang zwischen Machtergreifung und

Kenntnis der verschiedenen Ziele Hitlers enthüllen Sündermanns Methode der „Richtigstellung“. Was Tatsachen angeht, so übergeht er z. B. den Kampf gegen das sogenannte „System“. Obwohl er die Frage nach der Verantwortung in der Geschichte grundsätzlich als abwegig ablehnt, führt er den Leser anlässlich des Ermächtigungsgesetzes dahin, die Verantwortung für Hitlers Machtfülle bei den nicht-nationalsozialistischen Reichstagsmitgliedern zu suchen. Auch differenziert bzw. verallgemeinert Sündermann schließlich stets so, daß Hitler, sein Planen und Handeln grundsätzlich sowohl vom „eigentlichen“ Nationalsozialismus als auch von den ernstlich gewollten Zielen des deutschen Volkes unterschieden werden.

Zusammenhänge zwischen „den Deutschen“ und Hitler bestehen hauptsächlich nur in zwei Sachverhalten, einmal in der Tatsache, daß das Volk sich 1933 für Hitler entschieden hat, und

zweitens darin, daß Hitler die allgemeinen politischen Wünsche ausnützte. Da Sündermann das nationalsozialistische Reich jedoch nur als Verkörperung der Zielsetzung Hitlers betrachtet, muß man beachten, was er als „verständige historische Wertung der Persönlichkeit Adolf Hitlers“ anbietet. Hitler als die Schlüsselfigur des gesamten Geschehens kennzeichnet er wie folgt:

„Wir haben es immerhin mit einem Mann zu tun, der, als völlig unbekannter junger Österreicher aus dem Weltkrieg heimkehrend, durch die Kraft seiner Persönlichkeit eine politische Millionenbewegung schuf, nach den Spielregeln des Parlamentarismus Deutscher Reichskanzler wurde, eine neue Wehrmacht aus dem Boden stampfte, die Autobahnen baute, das Versailler Diktat zerriß, den Traum ‚Großdeutschland‘ kurz verwirklichte und schließlich erst nach sechsjährigem Riesenkampf einer ganzen Welt unterlag“ (S. 92).

„Meteor der Weltgeschichte“

Diese Wertung gipfelt in der Feststellung, daß Hitler zu jenen Tatkräftigen zähle, die als außergewöhnliche „Erscheinungen . . . in der Weltgeschichte wie Meteore auftauchen“ (S. 73 Anm.). Was die Gründe für Hitlers Scheitern anlangt, so heißt es einmal: „Gewiß ist Hitler nicht zuletzt an sich selbst zugrundegegangen“ (S. 92). Andererseits führt Sündermann aber neben dem Persönlichen, im Charakter Hitlers Begründeten auch an, daß gerade das rein privat erstrebte Fernziel Hitlers, nämlich ein Empire zu bauen, ihn scheitern ließ (S. 74). Zwar muß Sündermann zugeben, daß Hitler diesen Gedanken nicht verschwiegen habe. Aber er meint, daß Hitler ihn nicht so propagiert habe, daß eine „bewußte Anteilnahme“ „nicht einmal der Parteiführerschaft ernstlich behauptet werden könnte“ (S. 74).

Vergleicht man derartige Aussagen mit den übrigen Thesen der „Richtigstellung“, so stößt man bald auf Widersprüche. Gerade die Frage nach der bewußten Teilnahme „der Deutschen“ an Hitlers Politik muß sich wiederum erheben, wenn es andernorts heißt, daß Hitlers Expansionsabsicht 1937 bis 1939 „erkennbar“ gewesen sei. Sündermann führt dies aus, um auf Hitlers so oft übersehenen Antikommunismus zu verweisen (S. 37). Denn seine Empire-Pläne seien nur gegen die Sowjetunion gerichtet gewesen (S. 45). Wenn dies Fernziel allgemein

„erkennbar“ gewesen sein soll, dann sollte nicht einmal ein Teil der Parteiführerschaft Hitlers ureigenste Absichten durchschaut und folglich auch nicht dafür gekämpft haben?

Eine Aussage über die nationalsozialistische Rassenpolitik vermehrt die Widersprüche. Sündermann meint nämlich über ihren wirklichen Kern, daß es darum gegangen sei, „durch Schaffung möglichst günstiger äußerer Verhältnisse — ‚Nationalstaat und Lebensraum‘ — rassistische Fernwirkungen zu erzielen“ (S. 69). Ist dieser eigentliche „Kern“ der nationalsozialistischen Rassenpolitik identisch mit dem, was Sündermann auf Seite 20 als Fernziel „Rasse und Raum“ herausgestellt hatte, der nach seiner Meinung lediglich Hitlers Willen beherrschte?

Wie unterscheidet Sündermann nun die Doktrin der NSDAP von Hitlers Zielen? Ausdrücklich erfaßt er den „eigentlichen“ Nationalsozialismus als völkisch-sozialrevolutionäre Bewegung. Ihr ging es um Großdeutschland (S. 19). Sündermann kann nicht bestreiten, daß dieses „Nationalstreben“ antisemitisch ausgerichtet war. Die „geistigen Ausgangspunkte“ des Antisemitismus stehen ihm jedoch außerhalb „ernsthafter Zweifel“ (S. 69), und die entsprechenden Bestrebungen erklärt er wie folgt: Da sich „die“ Juden zionistisch betätigten und folglich keine deutsche Politik treiben konnten, durfte der Nationalsozialismus keine „jüdische

Betätigung im deutschen öffentlichen Leben“ dulden; vielmehr ließ Hitlers Machtübernahme für sogenannte „bisherige Staatsbürger jüdischer Abstammung“ „eine Art Fremdenrecht“ erwarten (S. 21). Sündermann wendet sich sodann gegen die „Theorie“, „der Nationalsozialismus sei von vorneherein und im Wesentlichen auf Ausrottung des Judentums ausgerichtet gewesen“ (S. 67, Anm. 2).

Im übrigen wehrt er sich entschieden gegen die Vorstellung, daß „der Nationalsozialismus“ eine Doktrin gewesen sei, die — man beachte die ironisch zitierten Begriffe — „durch ‚Ausmerze‘ oder gar durch ‚Züchtung‘ ein 80-Millionenvolk, ja alle europäischen Nationen als mögliche Objekte biologischer Eingriffe und Manipulationen bewertet“ habe. Eine derartige „Wahnidee“ habe „auch in den verschrobensten Gehirnen niemals einen Platz gehabt“ (S. 68), sondern sei vielmehr von den „Propagandadirektionen jenseits des Atlantik ... mit nimmermüder Phantasie ... entwickelt“ worden (S. 69).

Hitler und Nationalsozialismus nicht zu trennen

Es zeigt sich somit, daß bereits Sündermanns Ausführungen über Hitlers Politik und den Nationalsozialismus erhebliche Widersprüche aufweisen. Sie beziehen sich insbesondere auf die Fernziele der Außenpolitik sowie auf den Antisemitismus. Sündermann nimmt diese Widersprüche jedoch in Kauf bzw. scheint sie gar nicht zu bemerken. Denn er will seine These beweisen, wonach Hitler vom „eigentlichen“ Nationalsozialismus und von „dem“ deutschen Volk zu unterscheiden sei. Jene Widersprüche, die bisher aufgewiesen wurden, dürften sich aus der Tatsache ergeben, daß Sündermann stets nur entsprechend gewissen Umständen des Geschehens, dessen Darstellung er berichtigen will, argumentiert. Von solchen situationsgebundenen, aber leider nicht grundsätzlich bedachten Differenzierungen unterscheidet sich die Art, in der Sündermann allgemein Hitler und das deutsche Volk sowie den reinen Nationalsozialismus sieht. Hier — wie bei „den“ Juden — verallgemeinert er nämlich. Er geht besonders von einem mythisch erfaßten „deutschen Volksinstinkt“ aus (S. 68 Anm.; ähnlich S. 19). Er läßt ihn stets nur einen gesunden und einheitlich wollenden, nicht parteiisch zerstrittenen Kern des Volkes annehmen. Ähnlich homogen und idealisiert stellt er die Parteidoktrin dar. Die Vorstellung von Hitler als dem weltgeschichtlichen „Meteor“, d. h. wohl politischen Dämon, wurde erwähnt.

Derartige Idealvorstellungen vom entscheidenden Ausnahmemenschen sowie von der Doktrin und dem Volk sind für Sündermann gerade dann wesentlich, wenn er sich dem tatsächlichen Geschehen zuwendet. Auch hier unterscheidet er stets zwischen „Legende und Wirklichkeit“. Nach der in III zitierten Übersicht über Hitlers Ziele (Nahziel der staatlichen Sanierung, Zwischenziel Großdeutschland, Fernziel „Rasse und Raum“) teilt Sündermann den Verlauf der Ereignisse nach 1933 ein. Dementsprechend sei hier auf einzelne Problemkreise verwiesen und

Auch dieser Behauptung sei eine andere Aussage Sündermanns gegenübergestellt. Sündermann klagt S. 29 f: „Welcher extreme Unsinn ist nicht alles unter dem Stempel ‚Nationalsozialismus‘ geredet und geschrieben worden“, oder anders gewendet: „Wieviel nutzloser, schädlicher und gefährlicher, mit den wirklichen politischen Zielen der Reichsregierung in keinerlei Zusammenhang stehender Unfug in Publizistik und persönlichem Verhalten“. Angesichts dieser Klagen wird man fragen dürfen, ob es nicht möglich sein könnte, daß „jenseits des Atlantik“ nur jene Aussagen aufgegriffen wurden, die es tatsächlich gab, „trotz“ Propagandaministerium, Reichspressechef, Parteipresesdienst und parteiamtlicher Schrifttumskommission? Außerdem wendet sich Sündermann (S. 69) nur gegen „manche der angewandten Methoden“ der Rassenpolitik und verweist auf das tatsächliche Ergebnis der „diesbezüglichen Anstrengungen“. Das wird noch zu erörtern sein, wenn die Urteile Sündermanns über die tatsächliche Politik herangezogen werden.

auf die Art, in welcher der Verfasser sie behandelt.

Als innenpolitische Fragen beschäftigen ihn das Einparteiensystem, der Widerstand und der Antisemitismus. Für Sündermann besteht dabei kein Zusammenhang zwischen dem Wesen des Nationalsozialismus und der Schaffung des Einparteiestaates. Vielmehr habe die Auflösung der übrigen Parteien die NSDAP zu einem bloßen Behördenorganismus werden lassen (S. 28). Außerdem wurde auf eine Kontrolle der Machthaber verzichtet, und gegenüber dem Ausland war die Identifizierung von Partei und Staat unklug. Der sogenannte staatspolizeiliche Aspekt der Auflösung anderer Parteien leitet über zum Thema des Widerstandes. Die tatsächlichen Gegner des Regimes konnten nämlich in der Wilhelmstraße und im Generalstab ungehindert arbeiten (S. 29). Ihre Tätigkeit beschäftigt Sündermann in zweifacher Hinsicht: in bezug auf Wirkung und Rechtfertigung des Widerstands. Eine Auswirkung der Opposition erblickt er, ohne es unmittelbar auszusprechen, in der Tatsache, daß die britische Regierung im Sommer 1939 die Bedeutung des Widerstands überschätzt habe, daß also die Fühlungnahme deutscher Oppositioneller Schwäche des Regimes und damit als eine Verminderung des Kriegsrisikos für Britannien bewertet wurde (S. 61f⁸⁾). Der Anlaß zum Widerstand überhaupt entfällt für Sündermann, da das Dritte Reich nicht „unsittlich“ (S. 69) gewesen sei. Auch habe die „Ausrichtung des Staates auf die ‚Herrschaft über die Gewissen‘“ nur angeblich bestanden (S. 63). Sündermann kann zwar nicht übersehen, daß es Belege gibt. Er tut sie aber als extreme und unrealistische Ansichten Unmaßgeblicher ab (S. 63). Insofern gab es für ihn einen „Kirchenkampf“ nur in Anführungszeichen. „Das Reich als Ganzes und das deutsche Volk als Ganzes waren und blieben unbeteiligt. Nicht einmal die — im katholischen Frankreich seit 1905 durchgeführte — ‚Trennung von Kirche und Staat‘ ist ernstlich erwogen

worden“. S. 64). Ist es Sündermann unbekannt, daß sie im sogenannten Warthegau vorexerziert wurde?⁹⁾ Für die Kriegszeit komme zur Frage des Widerstandes die Überlegung hinzu, daß dann „nur über Sieg, Kompromiß oder Katastrophe entschieden wird und daß die Vermeidung des letzteren jedenfalls einheitlichen Willen zum ersteren voraussetzt“ (S. 62). Außerdem habe Roosevelts Forderung nach bedingungsloser Kapitulation keinen Raum „zu einem legitimierten Auftreten einer Opposition in Deutschland“ geboten (S. 63).

Was die Verwirklichung des antisemitischen Programms betrifft, so meint Sündermann, daß „aus dieser Frage sich schließlich eine Katastrophe entwickelte“ (S. 21). Damit anerkennt er die Tatsache, daß sich ein grausiges Geschehen abgespielt hat. Es fällt jedoch auf, wie behutsam und unpersönlich er den Sachverhalt umschreibt. Erst an anderer Stelle formuliert er präziser¹⁰⁾. Denn Sündermann möchte den mittelbaren Anlaß für die Katastrophe — den New Yorker Propagandisten zuschieben. Inwieweit er sich bei diesem Bemühen selber widerspricht, wurde bereits aufgezeigt. Die Judenvernichtung selber bezeichnet er zutreffend als einen Geheimvorgang, der sich 1941—1944 abspielte und in seinem Umfang noch nicht geklärt sei. Sündermann betont Hitlers Gesamtverantwortung für Himmlers „geheime Mordaktion“. Er nennt das Geschehen aber bewußt nur einen der „dunkelsten Punkte der Geschichte des 20. Jahrhunderts“. Außerdem fragt er — indem er sich kritisch mit Reitlingers Darstellung der „Endlösung“ auseinandersetzt —, ob nicht Himmler wiederum Hitler getäuscht habe (S. 68, Anm., außerdem Anhang III). Auf jeden Fall aber urteilt Sündermann klar über das, wofür nur eine „kleine Gruppe von Fanatikern“¹¹⁾ verantwortlich sei. Nur will Sündermann keinen Zusammenhang erblicken zwischen diesem Tun und

8) Zwar hat Max Braubach diesen Gedanken bereits vor Jahren als abwegig bezeichnet. Aber er müßte wohl doch noch einmal im Zusammenhang mit den britischen Überlegungen erörtert werden. Vgl. Max Braubach, Quellen, Forschungen und Darstellungen zur neuesten Geschichte, Historisches Jahrbuch 1953, S. 624 f., Anm. 15 zu Generaladmiral a. D. Boehms Meinung: „Ganz abwegig erscheinen mir jedoch weitere Ausführungen Boehms, wonach eine historische Schuld nicht etwa bei den höheren Offizieren, die Hitler treu weiterdienten, liege, sondern bei denen, die bei der Sudetenkrise den Versuch machten, den Krieg zu verhindern: man müsse, so meint er in allem Ernst, erwägen, ob nicht Halders Informationen an England im Herbst 1938 sehr dazu beigetragen haben, daß England ein Jahr später an Deutschland den Krieg erklärt habe, nachdem es wußte, welche Risse in dem Fundament der deutschen Wehrmacht bestanden!“ — 1955 lebte diese Kontroverse im Augsburger Huppenkothen-Prozeß wieder auf in der Auseinandersetzung zwischen dem Verteidiger Seidl und dem Staatsanwalt Hoelper. Vgl. FAZ 14. Oktober und 7. November 1955.

9) Vgl. Bernhard Stasiewski, Die Kirchenpolitik der Nationalsozialisten im Warthegau 1939—1945, in Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ zum „Parlament“ vom 18. Februar 1959.

10) S. 36 heißt es: die „schon im März 1933 ... von New York ausgehende Propaganda zum internationalen Boykott deutscher Waren“ stütze sich „im wesentlichen auf die Tatsache, daß Hitler in der Welt als Antisemit verrufen war“ — ohne es zu sein? — „und sie (scil. die Boykottbewegungen) stehen am Anfang jener verhängnisvollen Entwicklung, die sich gegenseitig fanatisierte und schließlich im Massenmord endete“.

11) Himmler, Heydrich, Gruppenführer Globocnik, Obersturmbannführer Eichmann und Gruppenführer Müller: S. 87—89. Für ihre „Maschinerie heimlicher Tötung“ „gab und gibt es keine Rechtfertigung“ (S. 79).

jener Untermenschentheorie, die öffentlich z. B. am 30. Dezember 1938 im parteiamtlichen „Völkischen Beobachter“, Nr. 364, S. 8, von Oskar Trautmann „bewiesen“ wurde: „*Unschuldlich verfolgt? Nein!*“ Man wird Sündermann angesichts dieses von ihm bestrittenen Zusammenhangs mit seinen eigenen Worten fragen müssen: Wurden hier sogar an parteioffizieller Stelle „*statt der Gegner die Anhänger . . . zur Gefahr*“, weil sie „*extremen Unsinn . . . unter dem Stempel, Nationalsozialismus' geredet und geschrieben*“ haben? Konnte dies nur deshalb, und zwar als Rechtfertigung einer öffentlichen Verfolgung, veröffentlicht werden, „*weil der Wasserguß des Gegners die erhitzten Köpfe vieler kleiner Hitlers' nicht mehr erreichen konnte*“ (S. 29)? In diesem Zusammenhang darf die „Kristallnacht“ nicht vergessen werden. Für Sündermann stellt sie dasjenige Ereignis dar, das in aller Öffentlichkeit die — nur! — von einem Minister herbeigeführte „Gewaltanwendung gegen unbeteiligte Juden“ zeigte. Sündermann bewertet solches Tun als „wahnwitzigen“, „würdelosen

und schädlichen“ „Zwischenfall, für den freilich kein Wort der Kritik hart genug ist“ (S. 51 f). Es steht für ihn jedoch in keinerlei Verbindung mit der sonstigen wechselvollen Politik gegenüber den Juden. Deshalb nennt er das Ereignis „sinnlos“ und „verhängnisvoll“ (S. 53)¹²⁾.

Derartige Urteile gerade zu entscheidenden Geschehnissen der nationalsozialistischen Herrschaft zeigen, worauf es Sündermann ankommt. Er leugnet nicht grausame und verhängnisvolle Ereignisse, wohl aber, daß sie irgendetwas mit dem eigentlichen Nationalsozialismus zu tun hätten. Gerade bei der Frage des antisemitischen Programms und des jüdischen Schicksals wird das besonders deutlich. Wieweit Sündermann bei seiner „Richtigstellung“ gehen zu müssen meint, möge aus folgendem Beispiel hervorgehen. Sündermann kann nicht übersehen, daß in Hitlers „Mein Kampf“ auf S. 772 einige Lehren aus dem Versagen der deutschen Politik im Ersten Weltkrieg gezogen werden. Dabei schreibt Hitler, die rechtzeitige Vergasung einiger tausend „hebräischer Volksverderber“ würde ver-

hindert haben, daß sich 1918 Novemberrevolution und Zusammenbruch ereignet hätten. Für Sündermann läßt sich nun zwischen dieser jederzeit beweisbaren Forderung Hitlers und dem tatsächlichen Schicksal der Juden kein wirklicher Zusammenhang herstellen. Vielmehr wirft er seinen Gegnern vor, sie zitierten Hitler falsch, um dennoch eine Verbindung konstruieren zu können (S. 68 Anm.). Dabei übersieht Sündermann jedoch das Axiom Hitlers, wonach der „Marxismus“ ein Mittel „des Judentums“ zur Errichtung der Weltherrschaft darstelle (Mein Kampf, S. 350 ff). Zudem muß man feststellen, daß der Kontext Hitlers, den Sündermann entschuldigend zitiert, nicht genau stimmt¹³⁾. Ansonsten zeigt es sich wiederum, daß nur die Fragen, ob und inwieweit einzelne Maßnahmen zweckmäßig waren bzw. dem einheitlichen Willen“ des Volkes schadeten, seine Urteile bestimmen. Man wird annehmen dürfen, daß diese Maßstäbe des Urteils jener Doktrin entsprechen, die Sündermann als eigentlichen Nationalismus vor der Verdammung retten will.

IV. Hitlers Außenpolitik und der Krieg

Für die Außenpolitik des Dritten Reiches unterscheidet Sündermann zwischen Hitlers Ziel und der US-amerikanischen Politik unter Leitung F. D. Roosevelts. Hitlers Ziel war es, in Osteuropa gegen den Kommunismus Lebensraum für die arische Rasse zu erkämpfen. Roosevelt hingegen deklarierte nach Sündermann diese eigentlich maßvolle¹⁴⁾ Expansionsabsicht als „Weltherrschafts-Anspruch“ und rief dagegen zum Kreuzzug auf (S. 45). Auf gut einem Viertel seines Textes versucht Sündermann, seine These von jenem Roosevelt zu beweisen, der zumindest als Hitler „gleichwertig“ bezeichnet werden müsse. Den entscheidenden Ausgangspunkt für seine Argumentation stellt Roosevelts „Quarantäne“-Rede vom 5. Oktober 1937 dar. In ihr forderte der Präsident bekanntlich angesichts „um sich greifender internationaler Anarchie“ eine „short-of-war“-Politik der USA. Als die Verantwortlichen für diese Wendung bezeichnete er mittelbar Japan, Italien und Deutschland. Dies erwähnt Sündermann zwar nicht, verweist aber genau darauf, wie Roosevelt die sowjetische Politik beurteilte. Sodann heißt es:

„*Es verdient angemerkt zu werden, daß diese Drohrede zu einem Zeitpunkt gehalten wurde, als noch keine territoriale Revision von deutscher Seite gefordert war, und daß die früheste vertrauliche Besprechung, in der Hitler die Möglichkeit eines kriegerischen Konfliktes bei der Verfolgung seiner Ostraum-Pläne erwähnte . . ., am 5. November 1937, also einen Monat nach dieser Roosevelt-Proklamation stattfand*“ (S. 41 f).

Sündermann meint, mit diesen berichtigen Hinweisen auf das tatsächliche Verhältnis von Ursache und Wirkung bereits anmerkungswise seine These fundiert zu haben. Übersieht er da-

bei, daß sich einmal Roosevelt auf Japans Vorgehen in China, auf den Äthiopien-Konflikt und auf Hitlers Methoden zur Revision des Versailler Vertrags bezog? Kennt er nicht die damals fortgeschrittene Übereinstimmung dieser drei von Roosevelt gemeinten Staaten, die sich doch im sogenannten Antikominternpakt ausdrückte? Was zum anderen die öffentlichen und geheimen Forderungen und Pläne Hitlers betrifft, so widerspricht sich Sündermann auch in diesem Punkt. Denn seiner zuletzt zitierten Aussage („*als noch keine territoriale Revision von deutscher Seite gefordert war*“) steht sein Urteil über das Programm der NSDAP gegenüber. Dessen ersten Punkt zitiert er nicht nur: „*Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einem Großdeutschland*“, sondern er meint S. 19, daß er bereits deutlich genug, „*nicht geringe außenpolitische Konflikte ankündigte*“. Ganz in diesem Sinne diente genau derselbe Programmpunkt einst 1938 einem anderen Werk Sündermanns als Motto¹⁵⁾, und zwar zu recht. Welches Urteil über die territorialen Folgerungen der Hitlerschen Politik entspricht nun den Tatsachen, das auf S. 19 (daß das Programm bereits „*außenpolitische Konflikte ankündigte*“) oder das auf S. 42 (daß am 5. Oktober 1937 „*noch keine territoriale Revision von deutscher Seite gefordert war*“)? Ferner sei angemerkt, daß „*die früheste vertrauliche Besprechung . . .*“ Hitlers nach den seit 1954 veröffentlichten Unterlagen des Generalleutnants

Liebmann¹⁶⁾ bereits am 3. Februar 1933 stattgefunden hat. Diese Berichtigungen dürften genügen, um den Wert der Ausgangsposition Sündermann bei der Wertung der nationalsozialistischen Außenpolitik klarzustellen.

Sündermann verfolgt sodann in mehreren Abschnitten ausschließlich Roosevelts Außenpolitik bis zum Frühjahr, genau bis zum Februar 1939. Wenn sie auch leider bei Buchheim nicht berücksichtigt wird — denn Hitler hat sich in manchem von ihr bestimmen lassen —, so geht es andererseits aber auch nicht an, sie derart isoliert darzustellen, wie dies wiederum bei Sündermann geschieht. Denn indem er „Anschluß“, Sudetenkrise und „München“, sowie die Wirkungen dieser Geschehnisse auf die westliche Politik außerhalb dieser Hauptlinie behandelt, übersieht er völlig den gewichtigen gleichzeitigen Großmacht-Anspruch der Reichsregierung. Er äußerte sich z. B. in den Forderungen, daß die kleinen demokratischen Nachbarstaaten des Reiches weder Pressefreiheit gewähren dürften noch „*Asylrecht für jüdische, marxistische, kommunistische Emigranten, die von den autoritären Neutralitätspartnern insbesondere als Organisatoren der Neutralitätssabotage angesehen werden.*“^{16a)} Nur so werde sich ein „*freundschaftliches Nachbarschaftsverhältnis*“

13) In der 825.—829. Auflage des Werkes von 1943 heißt es: „*der Krieg nach drei Wochen*“ statt „*in*“ sowie „*ehe der deutsche Soldat*“ und nicht „*der erste deutsche Soldat*“.

16) Anlässlich des Besuchs des neuen Reichskanzlers bei Gen. d. Inf. Frhr. von Hammerstein-Equord in dessen Wohnung führte Hitler vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine nach den Notizen Liebmanns u. a. aus: „*Wie soll politische Macht, wenn sie gewonnen ist, gebraucht werden? Jetzt noch nicht zu sagen. Vielleicht Erkämpfung neuer Exportmöglichkeiten, vielleicht — und wohl besser — Eroberung neuen Lebensraums im Osten und rücksichtslose Germanisierung*“. Text: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1954, S. 343—435. Zitat S. 435.

16a) E. H. Bockhoff: Demokratie und Neutralität im 20. Jahrhundert, Nationalsozialistische Monatshefte 1939, S. 66.

12) Die vergleichbaren Ereignisse des 30. Juni 1934 bezeichnet Sündermann als „*zweiten revolutionären Akt*“ — nach der Überführung der Gewerkschaften in die DAF (S. 32), wertet sie nicht, sondern verweist lediglich auf den starken „*Anteil führender Reichswehrkreise*“ und die Wirkung der Reaktion Hindenburgs auf „*die deutsche Öffentlichkeit*“ (S. 34).

15) „*Die Grenzen fallen. Von der Ostmark zum Sudetenland*“, München, Zentralverlag der NSDAP, 1959³, S. 5.

14) S. 38: Hitler trieb, von damals gesehen, keine „*maßlose Expansionspolitik*“.

nis“ zwischen den kleinen Nachbarstaaten und dem nationalsozialistischen Reich herstellen lassen. Gegenüber der nachmünchener ČSR vertrat die Reichsregierung derartige Thesen besonders deutlich. Sie wiederum bereiteten die endgültige Einbeziehung Böhmen-Mährens in das Reich vor. Da Sündermann dies jedoch ausläßt, liegt für ihn „der Schluß . . . nahe, daß wir das Geheimnis des Zweiten Weltkrieges zeitlich in jenen Herbstmonaten des Jahres 1938 zu suchen haben. Der amerikanische Präsident scheint damals zu der Überzeugung gelangt zu sein, daß ein deutscher Erfolg im Osten unter den in Münden sich abzeichnenden Voraussetzungen verhindert werden müsse“ (S. 51). Wenn man dem letzten Satz nur zwei Worte hinzufügt, so kann man ihn in gewissem Sinne unterstützen: „ . . . in und nach München. . .“ Denn gerade nach München wurde alles das offenbar, was Hitler eigentlich schon „in München“ oder besser ohne die Münchner Konferenz hatte erreichen wollen. Dies kann Sündermann aber nicht sehen, da ihm Roosevelt als derjenige gilt, der nicht nur Hitlers wahres Ziel verkannte, sondern auch entsprechend den eigenen, anti-deutschen Plänen handelte, den westlich-polnischen Widerstand organisierte — und damit erst Hitlers weiteres Tun verursachte! Zwar behauptet Sündermann nicht, daß Roosevelt auch mit dem Attentäter Grynspan unmittelbar verbunden gewesen sei, er nimmt aber dennoch an, dieser junge Jude sei „offenkundig durch Hintermänner“ zum Mord an vom Rath beauftragt gewesen (S. 51)¹⁷). Die folgenden Ereignisse von der „Kristallnacht“ über die Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses und die Errichtung des Protektorats bis zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag versucht Sündermann entsprechend seiner Grundthese einzuordnen und zu bewerten. Daß er deshalb auch vom Außenpolitischen her die „Kristallnacht“ eindeutig verurteilt, nimmt nicht Wunder. Aber seine Begründung ist beachtenswert: sie wandelte die „Propagandasituation schlagartig gegen Deutschland“ und ließ Roosevelts Handeln sittlich gerechtfertigt erscheinen (S. 52). Ebenso begründet er sein Urteil über die Errichtung des Protektorats (S. 55)¹⁸). Grundsätzlich besagen diese Ereignisse nichts über nationalsozialistische Politik. Solche Darstellungsweise ist bereits bekannt.

Zum Verhältnis des Reichs zu seinen östlichen Nachbarn verweist Sündermann richtig darauf, daß das gesamte letzte Jahr vor Kriegs-

beginn beachtet werden müsse. Er übersieht jedoch, daß gerade die Art, wie die restliche ČSR im Winterhalbjahr 1938/39 von der Reichsregierung behandelt wurde, bereits vor der Errichtung des Protektorats die polnische Haltung entscheidend beeinflusste, und zwar zuungunsten der reichsdeutschen Ziele. Auch in den westlichen Demokratien bewirkte all dies bereits vor Mitte März 1939 einen Stimmungsumschwung. So erklärt sich Chamberlains schnelles Einschwenken auf Roosevelts „stop-Hitler“-These (S. 55). Für die gesamte Entwicklung in ihren Zusammenhängen gibt es als historisches Quellenmaterial eine reichhaltige nationalsozialistische Publizistik der damaligen Zeit. Auch Sündermann zeichnete gerade zu dieser Zeit für eines ihrer nicht gerade unwichtigen Organe verantwortlich¹⁹). Wenn man diese Publizistik

mit ihren Forderungen so ernst nimmt, wie das damals im Ausland weitgehend geschah, dann stellen sich die Zusammenhänge anders dar als jetzt bei Sündermann. Er selber vergißt nun solches Material auch keineswegs in dem Fall, wo es ihm darauf ankommt, „Hitlers etwas mühsame Taktik jener Monate“ (S. 56) vor Kriegsausbruch zu verdeutlichen. Sie ließ Hitler nach Sündermanns heutiger Meinung schließlich damit rechnen, daß er „Polen doch noch politisch isoliert“ habe (S. 57). Sündermann irrt jedoch, wenn er meint, daß die damaligen deutschen Presseanweisungen noch nicht publizistisch ausgewertet seien²⁰). Aus ihnen ergibt sich, daß sich die tatsächliche Propaganda der Reichsregierung beträchtlich von jener Art unterschied, die Sündermann in seiner „Richtigstellung“ herauszustellen bemüht ist.

Manipulierung historischer Tatsachen

Hitlers Vertrag mit der Sowjetunion gilt Sündermann als „abenteuerlicher Ausweg“ (S. 57), der lediglich einen „tagespolitischen Schachzug“ darstellen konnte. Denn im Gegensatz zu Ribbentrop beabsichtigte Hitler keinen „deutsch-russischen Dauerausgleich“ (S. 58). Im Zusammenhang mit dieser Frage wendet sich Sündermann gegen die Meinung, lediglich Hitler habe „kleine europäische Staaten und Volksgruppen der politischen Willkür Rußlands“ ausgeliefert, damit den östlichen Schutzgürtel zerstört und „dem Sowjetstaat den Weg nach Europa“ geöffnet (S. 58). Es trifft zu, daß dies auch hätte bewirkt werden können, wenn Polen dem westlich-sowjetischen Plan zugestimmt hätte, die Rote Armee einmarschieren zu lassen. Bei solchen Überlegungen läßt Sündermann jedoch eine grundsätzliche Frage unbeachtet. Inwieweit konnte Hitlers antikommunistische Ideologie noch glaubhaft wirken angesichts seines Handelns? Ein weiteres Moment, das für diese Politik sowie die Folgen des nationalsozialistischen Reichs wichtig ist, übergeht Sündermann hier (S. 58) und an anderer Stelle (S. 47 Anm.), wo es sogar von ihm zum Beleg seiner Meinung verwendet wird: die Tatsache der Zwangsumsiedlungen. Gerade sie wurden doch vom Hitler-Stalin-Abkommen verursacht und führten besonders im „Warthegau“ zu entsprechenden Wirkungen. Besteht zwischen diesem Verschweigen und der Beurteilung Hitlers bzw. der nationalsozialistischen Doktrin etwa ein Zusammenhang?

Zum eigentlichen Kriegsausbruch möchte Sündermann die Ereignisse neu bewerten. Deshalb unterscheidet er zwischen dem „deutschen Angriffsbefehl“ und dem Verhalten Polens — dies sei der „auslösende Faktor“ jener Entscheidung gewesen (S. 59). Für den Richtigsteller liegt also die Ursache klar. Er weiß sogar, wie „die ganze Krise sofort“ hätte gelöst werden können: „natürlich“ durch „eine Reise des polnischen

Außenministers Beck nach Berlin“ (S. 60). Sollte Sündermann übersehen, welche Bedeutung die nicht — nationalsozialistischen Politiker im Jahre 1939 derartigen „Reisen“ beimessen mußten, wenn sie an den Befehlsempfang für Hácha und Chvalkovský dachten? Vergißt er das Verhalten Ribbentrops gegenüber dem britischen Botschafter, als dieser die überraschend milden Vorschläge der Reichsregierung zur genaueren Kenntnisnahme erbat?

Inwieweit schließlich noch am 2. September 1939 ein Krieg hätte abgewendet werden können, muß vorerst fraglich bleiben. Nur dürfte es überraschen, daß Hitlers zwar gewaltsames, aber vorgeblich nicht „kriegerisches“ Verhalten gegenüber Polen als derartig selbstverständlich angesehen wird, wie es hier geschieht (S. 60). Dieses Einverständnis mit Hitlers „Sprachgebrauch“ vom 1. September 1939 erklärt sich jedoch, wenn man den Maßstab des Autors berücksichtigt: die Art, in der die Interessen eines Volkes vertreten werden, ist unwichtig gegenüber den Zielen.

Für die kriegerische zweite Hälfte der nationalsozialistischen Herrschaft vermindert sich für Sündermann „der historische Problembereich“ im wesentlichen „auf die . . . Fragen: ‚Wie war der Krieg zu gewinnen?‘ und ‚Warum wurde er verloren?‘“ (S. 62). Was an dieser Stelle — ohne ausdrücklichen Bezug zur letzten Frage — zum Widerstand ausgeführt wird, wurde bereits erwähnt. Wichtig bleibt für Sündermann dabei wiederum der Unterschied zwischen der Bedeutung, die man Hitlers Einfluß auf die militärischen Ereignisse zuschreiben kann, sowie den sachlichen Fragen nach Chance und Risiko (S. 69 f). Hitlers Maßnahmen in Zeiten der Siege wie der Niederlagen und des Zusammenbruchs führen ihn zu Fragen, die lediglich „in den Bereich der persönlichen Biographie Hitlers, nicht hierher“ in die Geschichte seines Reiches gehören sollen (S. 69). Dabei sieht doch Sündermann wenige Seiten später (S. 73), wie bereits angeführt, das Dritte Reich insgesamt, also doch

17) Ausführlich zu dieser Meinung die in Anm. 3 zitierte Aufsatzsammlung ed. R. d'Argile, S. 167: „Die Affäre Herschel Feibel Grynspan — oder: Die entscheidende Wendung zum Kriege“.

18) Folgende „inoffizielle“ Ansicht läßt sich 1959 wieder finden: „Als Folge der Beschlüsse der Münchener Konferenz begann der Zerfall des tschechoslowakischen Zwangsstaates. Durch die Forderungen der Slowaken . . . drohten Krieg und Chaos in diesem Raum, denn die Tschechen wollten den Slowaken wie den Ungarn und Ruthenen die Selbstbestimmung mit Gewalt verweigern. Das veranlaßte die damalige Regierung, in Prag einzumarschieren, um den Benesch-Zwangsstaat als ‚Flugzeugmutterstift‘ der Versailler Mächte und als Aggressionsbasis des Sowjet-Imperialismus auszuschalten und den Raum zu befrieden. Die Länder Böhmen und Mähren — seit tausend Jahren Gebiete des Reiches — wurden wiederum der Hoheit des Reiches unterstellt“. Verfasser: H. Härtle, in: „Kriegsschuldfrage und Friedensvertrag“, Hannover 1959, S. 10.

19) Sündermann zeichnete als Hauptschriftleiter für den Gesamtinhalt — außer Mitteilungen der Reichspressestelle — verantwortlich für die „Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz“ (NSK), den Pressedienst der NSDAP, samt Sonderausgabe Nr. 270 zur Rechtfertigung der „Kristallnacht“.

20) W. Hagemann, „Publizistik im Dritten Reich“, Hamburg 1948, S. 389—412.

auch in Zeiten des Krieges um Ausbreitung und Existenz dieser Herrschaftsform, als Verkörperung der politischen Zielsetzung Hitlers an! Ohne diesen Widerspruch zu bemerken, bemüht sich Sündermann sodann im Sinne des letzten Urteils (S. 70 f), Hitlers Anteil an der Wende zum Zusammenbruch Deutschlands überhaupt klarzustellen. Er faßt ihn als eine Überforderung auf und erblickt diese als unabwendbar in jenem Augenblick, als Hitler im Dezember 1940 die Weisung zum „Fall Barbarossa“ ausgegeben hat. Diese Entscheidung zum Angriff auf die Sowjetunion wiederum hängt für Sündermann derartig eng mit Hitlers ureigensten Zielen zusammen, daß sich ihm „fast unwiderlegbar der Verdacht einer verhängnisvollen ideologischen

Vorentscheidung“ aufdrängt. Dem wird man zustimmen können. Darüber hinaus jedoch versucht der Verfasser, jene Überlegungen nachzuvollziehen, welche die Sowjetführung 1940/41 angestellt haben mag. Er legt den Gedanken nahe, daß Stalin bereits damals sich wegen der auf Seiten der Westmächte im Vergleich zu einer Zusammenarbeit mit Hitler zu erwartenden größeren Gewinne auf eine Allianz mit Roosevelt vorbereitete. Damit wäre dann Hitlers Tun, sein Angriffsbefehl für den 22. Juni 1941, als Beginn eines Präventivkrieges gerechtfertigt²¹⁾.

Insgesamt gesehen, stellt Sündermann die Vorgeschichte des Krieges als besonders wichtig

heraus. Er stellt sie so dar, als ob Hitler und sein Reich nur das Opfer einer antideutschen Verschwörung wurden, die Roosevelt leitete. Dieser Präsident wird nun zwar nicht ausdrücklich als „Kriegstreiber“ bezeichnet, aber Sündermann versucht nachzuweisen, daß er sich leider einige Maßnahmen zunutze machen konnte, die nicht geleugnet werden können. Sie hätten jedoch nicht das geringste mit eigentlich nationalsozialistischer Politik zu tun. Was die Niederlage des Reiches betrifft, so verursachten sowohl Hitlers Angriff auf die Sowjetunion als auch die nicht berechtigte Tätigkeit des Widerstands nach Sündermanns Meinung dieses Ende eines von Hitler geführten Deutschland.

V. Revisionistisches Programm und Urteil über Sündermann Beitrag

Maßstab des Urteils, Art und Thesen der Beweisführung sowie die tatsächlich wichtigen Ergebnisse der „Richtigstellung in Umrissen“ zur Geschichte des Dritten Reiches wurden aufgezeigt. Es bleibt übrig, darauf zu verweisen, welche Fragen nach Sündermanns Meinung unbeantwortet sind und infolgedessen ein „dauerhaftes Urteil“ noch unmöglich erscheinen lassen. Diese wesentlichen Fragen eines revisionistischen Forschungsprogramms seien hier angeführt:

„War das Versailles – Europa eine Ordnung, gegen die aufzustehen ein ‚Verbrechen gegen den Frieden‘ genannt werden durfte? Haben etwa Jalta und Potsdam eine solche Ordnung geschaffen?“

Wie anders konnte es 1933 in Deutschland ohne Hitler weitergehen? Was müssen wir tun, um in ähnlichen Krisenlagen den politischen, wirtschaftlichen oder – soldatischen Aufgaben gewachsen zu sein, ohne zu einem ‚Ermächtigungsgesetz‘ zu greifen?

Und zum Zweiten Weltkrieg: Hitlers Krieg? Roosevelts Krieg? Stalins Krieg? Durchbruch zu neuen Fronten, zu neuen Denkweisen und Zielsetzungen?“ (S. 75).

Hier sei zunächst auf den letzten Fragenkomplex eingegangen. Er zeichnet sich dadurch aus, daß Sündermann so einfach wie möglich die Verantwortung der entscheidenden Politiker jener Jahre erfragen will. Man wundert sich eigentlich nur, daß Churchill fehlt. Was aber die Methode der kurzen Fragen angeht, so prangert Sündermann sie an anderer Stelle als die der simplifizierenden „Propagandathesen“ an. Wa-

rum beherzigt er solche Einsicht nicht wenigstens selber am Schluß seiner Ausführungen?

Zu den ersten beiden Fragegruppen muß wiederum auf Sündermanns grundsätzliche Anschauung von der Geschichte verwiesen werden. Vom Gesichtspunkt der volklichen Notwendigkeiten aus betrachtet, sind ihm die Methoden einer Politik unwesentlich. Keinesfalls vermögen sie nach seiner Meinung etwas über jene Ideen auszusagen, in deren Namen Hitler zu handeln vorgab. Im Verlauf seiner Darstellung muß Sündermann jedoch einräumen, daß z. B. im Fall der Rassenpolitik „manche der angewandten Methoden mit Schuld sind“ an der negativen Bilanz des nationalsozialistischen Reiches (S. 69). Warum übergeht Sündermann aber fast jedesmal die Frage nach den Methoden, wenn etwa in der sonstigen Innen- und der gesamten Außenpolitik des Regimes von der Wirkung der Methoden Hitlers die Rede sein könnte und bei seinem Widersacher Buchheim die Rede ist²²⁾. Will er nicht sehen, daß gerade die Art und Weise, in der die Reichsregierung in den entscheidenden Jahren 1938/39 die sogenannten Nah- und Zwischenziele verwirklichte, ernsthafte internationale Verhandlungen mit dem Westen im Sommer 1939 illusorisch erscheinen ließ?

Abgesehen von diesen Anmerkungen zu jenen Fragen, die Sündermanns vorgebliche Zag-

21) Ausführlicher trägt H. Härtle diese Meinung vor, S. 16 ff. in der Anm. 18 angeführten Broschüre: „Kriegsschuld-Lügner Chruschtschow“. Zum tatsächlichen Stand der Auseinandersetzung vgl. G. L. Weinberg und Seraphim-Hillgruber in den Vierteljahrshäften für Zeitgeschichte 1953 und 1954.

22) Vgl. oben Text zu Anm. 18. Sündermann erkennt folgende Ausnahme an: Hitlers Aufstieg zum Reichspräsidenten hätte „staatsrechtlich eleganter“ und demokratischer erfolgen können, S. 34 f.

haftigkeit beim Versuch einer „Richtigstellung“ nur „in Umrissen“ begründen sollen, ergibt die vorliegende Auswertung der Thesen Sündermanns zur Politik des Dritten Reiches, daß der Verfasser gewichtige Tatsachen übergeht oder aber in einem derartig „neuen“ Zusammenhang darbietet, daß manchen Punkten der „Richtigstellung“ wiederum andere Tatsachen gegenübergestellt werden müssen. Ferner richtet sich, was noch einmal betont werden muß, das Urteil Sündermanns zu einigen wesentlichen Momenten des nationalsozialistischen Reiches je nach der augenblicklichen Fragestellung. So entstehen auf wenigen Seiten widersprüchliche Aussagen zu ein und demselben Sachverhalt. Veranlaßt werden derartige Widersprüche durch das Bemühen, die belastenden Handlungen der Reichsregierung nur der Persönlichkeit Hitlers zuzurechnen, die nationalsozialistische Doktrin jedoch als mit solchen Geschehnissen nicht zusammenhängend darzustellen.

Von einer tatsächlichen „Richtigstellung“ bisheriger ernsthafte Urteile über das Dritte Reich kann also kaum die Rede sein. Das Bemühen des Verfassers, von offensichtlichen Unmenschlichkeiten klar abzurücken, ist hervorzuheben. Was aber die wunden Punkte seiner Darstellung betrifft, so sei an seine eigene Einsicht erinnert:

„Nichts ist nachteiliger für eine Argumentation, als wenn sie . . . der indirekten Mitwirkung des Gegners entraten muß, der schwache Punkte sofort aufdeckt, zur Selbstkontrolle zwingt . . .“ (S. 29).

Anmerkung: Heinrich Bodenseck, Dr. phil., Studienassessor, Kiel.

Nachforderungen der Bellagen aus Politik und Zeitgeschichte sind an die Vertriebsabteilung Das PARLAMENT, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preis von DM 1,89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Bellage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Bellage zum Preise von DM 6,— pro Stück einschließlich Verpackung zuzüglich Portokosten an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.